

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 65

Montag, den 18. März 1918.

25. Jahrg.

Der Luftakt.

Von Richard Gädke.

Völker und Heere befinden sich in unruhiger Erwartung der Dinge, die da kommen sollen. Die Augen der ganzen Welt sind auf jenes Gebiet in Flandern und Frankreich gerichtet, wo Heere von noch nie gekannter Größe, wo Kriegsgeschütze von unerhörter Zahl und Gewalt einander gegenüberstehen, wo mit fieberhafter Anstrengung für den letzten und furchtbarsten Waffengang dieses Krieges gerüstet wird, die Männer aus allen Ecken zusammenströmen, um eine Schlacht zu schlagen, die tiefer in den Gang der Weltgeschichte eingreifen wird, als einst vor 1467 Jahren jene sagenberühmte Schlacht auf den Katalaunischen Feldern, in der noch die Geister der Erschlagenen in den Lüften mit einander kämpften. Auch diesmal wird ein Kampf in den Lüften geschossen werden, so heiß, so erbittert, so mörderisch wie der auf der Erde, aber es werden die kühnsten aller Männer sein, die von den Wolken herab das mörderische blutige Ringen der Streiter am Boden begleiten werden. Was sind alle Schrecken aus Dantes Hölle gegen die Schrecken einer Schlacht unserer Tage! Auch über den Eingangspforten jenes weiten Turnierplatzes, auf dem die Völker der Erde sich ein Stellweihen gegeben haben, dürften jene drohenden Worte stehen:

Durch mich geht ein man zu der Stadt der Plage,
Durch mich dahin, wo ewig Leid nur wohnt,
Durch mich zum Volk, das ich verloren sage!

Die Hoffnung laßt zurück beim Weiterschreiten!

Noch haben die Heere die starren Linien nicht gebrochen, in denen sie sich seit mehr als drei Jahren Auge in Auge gegenüber stehen, noch harren sie des Wortes der Führer, das die Lawine ins Rollen bringen wird, die in langen Wintermonaten sich angehäuft hat. Wir wissen nicht, wer zuerst losbrechen wird, wer zuerst den Würfelbecher in die Hand nehmen und ausschütten wird. Aber das wissen wir, daß der Angreifer in der Supersicht des Entschlusses, in der Sicherheit seiner Handlung eine mächtige Unterstützung für den Kampf findet; auf seiner Seite kämpft die Seele, die dem Leib gehorcht; nur wer die Gefahr nicht achtet, wird ihrer Herr.

Während die Heere noch rüsten, haben die Staatsmänner gesprochen; sie haben auf der andern Seite den Angriff eröffnet. Zuerst Bonar Law am 8. März vor dem englischen Unterhaus, dann Clemenceau am folgenden Tage vor der Deputiertenkammer in Paris. Kühler, abwägender der Briten, leidenschaftlicher der Franzosen! Aber aus beider Worten spricht der Entschluß: wir wollen weiter kämpfen, wir müssen weiter kämpfen. Und man kann doch nicht leugnen, daß auch die Siegeshoffnung in beiden Reden sich noch verkörpert. Noch befennen sich Briten wie Franzosen nicht geschlagen, sie erwarten noch alles von dem Ausgange der großen Frühjahrsschlachten; der Briten vielleicht mehr aus der Ueberzeugung heraus, daß auch er starke Trümmer in der Hand hält, der Franzosen in dem aufwallenden Gefühl eines stolzen Volkes, das an seiner Zukunft nicht zweifeln mag. Ein Wort Clemenceaus dürfen auch wir uns zu Herzen nehmen — daß derjenige Sieger sein wird, der eine Viertelstunde länger als der andere an seinen Sieg zu glauben vermag. Das ist sicher die Forderung des seelischen und körperlichen Erschöpfungskrieges, die Lösung: Kampf bis zum Weißbluten. Sie ist bedauerlich für die Kultur der Menschheit, für das wirtschaftliche Gedeihen der Völker. Aber nachdem die Gegner sich auf diesen Boden begeben, müssen wir ihnen dahin folgen. Es bleibt uns keine Wahl, es sei denn, daß wir selbst uns besiegt erklären wollen, nachdem wir das Blut unserer Besten vergossen und über unzählige Schlachtfelder unsere siegreichen Fahnen getragen haben.

Nach Clemenceaus Worten klingt die Nachricht nicht unglücklich, daß er auf eine rasche Offensive hindränge. Der Angriff liegt in der Folgerichtigkeit der politischen Ziele unserer Gegner. Wenn aber der oberste Führer der französischen Streitkräfte sich dem widersetzt, so liegt darin das Bekenntnis, daß er die kriegerische Lage zurzeit nicht günstig genug für einen Angriff ansieht. Und in jenem Gegenatz liegt ein Element der Schwäche für jene, der Stärke für uns. Ebenowenig geklärt wie im französischen sind offenbar die Ansichten im englischen Lager. Der englische Oberbefehlshaber glaubt an eine deutsche Offensive, die Offiziere an der Front angeblich nicht, weil sie von ihrer eigenen Ueberlegenheit überzeugt seien. Nach dem unfruchtbareren Ausgange der Schlachten um Arras und in Flandern, nach der Niederlage bei Cambrai, obwohl die Zahlenüberlegenheit auf ihrer Seite war, immerhin ein bemerkenswerter Zug von Selbstgefühl! Aber eins macht uns stuhig: die Mitteilung Bonar Laws, daß das englische Heer in den beiden letzten Monaten soviel Stacheldraht verbraucht hat wie im ganzen Jahre 1917. Stacheldraht und Angriff sind innere Gegensätze. Oder glaubte der Briten unsere Heerführer durch einige Zehntausende von Tonnen Stacheldraht von einem Angriffe abzuhalten zu können?

Uebrigens können weder Petain noch Haig über Vertiefung oder Angriff alleine bestimmen; der Ausschlag liegt vielmehr bei Joch, dem Vorsitzenden des obersten Kriegsrates in Versailles, der eine starke Armee im Rück-

ten der Front befehligt, sie wird auf 400 000 Mann, von anderen sogar — unzweifelhaft zu hoch — auf 60 Divisionen veranschlagt.

Ohne ihren Einatz sind wohl örtliche Unternehmungen, aber kein allgemeiner Angriff durchzuführen. Statt zweier Feldherren müssen sich nun drei miteinander verständigen, und der dritte muß sich zuvor mit drei Regierungen auseinandersetzen. Mir scheint, daß wir mit dieser Art, die Einheit des Befehls sicher zu stellen, nicht gerade unzufrieden sein müssen. Mehr aber als mit ihrem eigenen Angriff beschäftigen sich französische und englische Schriftsteller mit dem Ziele einer deutschen Offensive, mit der sie wie mit einer gegebenen Größe rechnen. Die Engländer nehmen an, daß sie gegen die Franzosen, die letzteren, daß sie gegen die Engländer gerichtet sein werde. Berrät sich darin die geheime Herzensangst und der geheime Herzenswunsch der treuen Verbündeten?

Inzwischen werden die Fronten immer unruhiger und die Kämpfe nehmen an Schärfe und Heftigkeit zu. Immer tiefer sucht man in die feindlichen Linien einzudringen, immer entschlossener die Verhältnisse beim Feinde aufzuklären. Die stärkste Kampfeskraft herrscht an der flandrischen Front, wo beide Teile immer von neuem vorstoßen. Am 3. März wurde an der Yser, am 5. auf dem Nordufer der Yps, am 6., 7., 8. bei Dymuiden, bei Merkhem, am Houthousterwalde, bei Cheluvest und wieder an der Yps gesucht; auch am 10. März gingen beide Teile in Flandern zu Erkundungsvorstößen vor.

Die Franzosen zeigen sich neuerdings besonders tätig an der Lothringer Front zwischen Nancy und dem Vorfuß der Vogesen; daneben treten dann die alten Kampfselder um Arras, um Reims, in den Vogesen gelegentlich hervor. Aber auch auf den übrigen Frontgebieten herrscht keineswegs sabbatliche Stille. Wenn auch einige Räume von beiden Gegnern bevorzugt werden, so darf man nicht übersehen, daß sie sich schließlich längs der ganzen Linie von der Nordsee bis zum Schweizer Lande aufmerksam und argwöhnisch beobachten. Es wäre denkbar, daß wir vor einem Drama von erschütternder Großartigkeit stehen und daß in einem abgeebenen Augenblicke Kanonen, Gewehre, Minenwerfer ihren fürchterlichen Hagel von der See bis zum Gebirge hieben wie drüben ausspeien.

Wie dem auch sein mag: wenn unsere Führer das Stiefwort ausgeben, werden unsere deutschen Scharen um die große und letzte Entscheidung ringen.

Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

W. W. Großes Hauptquartier, 17. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war von Mittag an die Artillerietätigkeit gesteigert. An der übrigen Front beschränkte sie sich auf Störungsfeuer. Sie lebte am Abend vielfach auf.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz.

An der Ailette und westlich von Berry au Bac sowie in Verbindung mit einer erfolgreich durchgeführten Unternehmung bei Tahure zeitweilig erhöhte Geschützaktivität. Nach zehntägiger Feuertätigkeit trafen französische Abteilungen westlich von Avocourt auf breiter Front vor. Teils hielt unter Feuer sie nieder, teils warf unsere Infanterie sie im Nahkampf zurück.

Schwerer Artilleriekampf hielt tagsüber und vielfach auch während der Nacht auf dem Düster der Maas an. Unsere Infanterie brach an mehreren Stellen zu Erkundungen vor. Kurze und walddichte Stoßtrupps drangen bei Samogneux, badische Kompagnien bei Beaumont, jüdische Sturmtruppen bei Bezouweug tief in die feindlichen Stellungen ein und brachten mehr als 200 Franzosen, darunter einen Bataillonsstab, gefangen zurück.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Im Verroy-Walde sowie in der Gegend von Blamont und Badonviller rege Tätigkeit des Feindes. Im Luftkampf und von der Erde aus wurden gestern 17 feindliche Flugzeuge und zwei Festballone abgeschossen. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Berlin, 17. März, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Die österreichisch-ungarischen Berichte vom 16. und 17. März melden nichts.

Zustimmung des Bundesrats zu den Friedensverträgen.

Die Vorlage betreffend den Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits sowie den deutsch-russischen Zusatzvertrag zu dem Vertrag und die Vorlage betreffend den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland fanden die Zustimmung des Bundesrates.

Die rumänischen Verhandlungen stocken.

Das Ministerium zurückgetreten.

Der rumänische erste Delegierte der Friedenskonferenz Argetoianu ist am Donnerstag verabredungsgemäß von Jassy nach Bukarest zurückgekehrt. Er hat den Delegierten der Zentralmächte mitgeteilt, das Ministerium Averescu habe aus innerpolitischen Gründen, die nichts mit der Friedensfrage zu tun hätten, demissioniert, ein neues Ministerium sei noch nicht gebildet. Da die Vollmachten der bisherigen rumänischen Delegierten infolge dieser Entwicklung hinfällig geworden sind, ruhen zunächst die Hauptverhandlungen. Die Kommissionsberatungen der einzelnen Unterabteilungen der Friedenskonferenz werden fortgesetzt.

Der Rücktritt Averescus kommt nicht überraschend. Mitteilungen letzter Tage bereiteten darauf vor. Im Anschluß an einen Besuch Maraschiomans bei dem in Bukarest weilenden Grafen Czernin wurde auf diesen bekannten konservativen Parteiführer als den vermutlich kommenden Mann an der Spitze Rumäniens hingewiesen. Sein Programm gipfelt darin, mit den Mittelmächten baldigst zum Frieden und zu einer Annäherung zu kommen; je länger er hinausgeschoben würde, desto schweriger werde die Lage. In einer Unterredung äußerte er sich über die Dobrußschfrage: „Nur ein Zehntel der Bevölkerung ist bulgarisch. In Constanza hat Rumänien Milliarden investiert. Der Hafen ist für Bulgarien wertlos. Falls Bulgarien die Dobrußschfrage erhält, werden alle Bahnen nach dem Osten über Bulgarien führen, so daß bei einem Abschluß mit Bulgarien die Zentralmächte abgeschnürt sind.“

Bekanntlich besteht aber Bulgarien auf die Dobrußsch; nimmt man Rumänien Constanza, dann hinterläßt das gerade keine freundschaftlichen Gefühle für die Mittelmächte in Rumänien.

Die Meldung, daß der König Ferdinand nach der Schweiz abgedampft sei, wird demontiert.

Die Cholmer Frage.

Berlin, 15. März. (A. S.)

Am 4. März laufenden Jahres wurde in Brest-Litowsk von den zum Abschluß der Friedensverhandlungen mit Rußland dahin entsandten Bevollmächtigten der Vierbundesmächte einerseits und den Delegierten der ukrainischen Volksrepublik andererseits das bereits im österreichischen Abgeordnetenhause angefundigte Protokoll über die polnisch-ukrainische Grenze unterzeichnet, welches lautet wie folgt:

„Da Zweifel über die Auslegung des Punktes 2, Art. 2 des am 9. Februar in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geschlossenen Friedensvertrages entstanden sind, haben die Regierungen der genannten Mächte beschlossen, diese Zweifel durch eine ergänzende Erklärung zu beseitigen, und haben ihre zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsandten Bevollmächtigten (folgt die Aufzählung der Bevollmächtigten) beauftragt, nachstehendes zu erklären: Zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Auslegung des Punktes 2 des Artikels 2 des am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geschlossenen Friedensvertrages wird festgestellt, daß die im zweiten Absatz dieser Vertragsbestimmung vorgesehene gemischte Kommission bei Festlegung der Grenze nicht gebunden ist, die Grenzlinie durch die Orte Bilgoraj, Szecebrzyzn, Krajinostaw, Bugaszow, Radin, Meschiretskie, Arnaki zu legen, sondern das Recht besitzt, auf Grund des Artikels 2, Punkt 2 dieses Friedensvertrages die sich aus den ethnographischen Verhältnissen und Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze auch östlich der Linie Bilgoraj, Szecebrzyzn, Krajinostaw, Bugaszow, Radin, Meschiretskie, Arnaki zu führen. Die erwähnte gemischte Kommission wird aus Vertretern der vertragschließenden Teile und aus Vertretern Polens gebildet werden, und es wird jede dieser Parteien die gleiche Anzahl von Delegierten zur Kommission entsenden. Die vertraglich liegenden Teile werden einverständlich bestimmen, in welchem Zeitpunkt diese Kommission zusammenzutreten wird.“

Ausgefertigt in fünfacher Urschrift in Brest-Litowsk am 4. März 1918.

Es wäre nur zu wünschen, daß sich diese Kommission über die Cholmer Streitfrage in einer beide Teile befriedigenden Weise einigt.

An dem Mosaner Sowjetkongreß

sollen nach Schweizer Meldungen 1110 Delegierte, darunter 733 Maximalisten (Vollschewiki) und 238 revolutionäre Linksozialisten teilnehmen.

Die Vollschewiki

werden von der bürgerlichen Presse als die großen Mörder und Räuber hingestellt. Da es interessant in denselben Blättern folgende Meldung aus Konstantinopel zu finden: „Der Dampfer „Gulnar“ ist aus Thessalon mit dem ersten Zug türkischer Kriegsgelangenener hierher zurückgekehrt. Der Kapitän des Dampfers und der die Organisationsbegleitende Besatzung erklärten dem Vertreter des Vizes „Baku“, daß sie in Thessalonie mit lebhaften Kundgebungen

In der Frage der sozialdemokratischen Bewegung steht daher die Forderung Ferdinand Lassalles nach dem Inzeratenmonopol. Nichts erscheint uns zeitgemäßer, als jetzt an der Schwelle umfangreicher Verstaatlichungen aus Finanzgründen nachdrücklich wieder auf das Inzeratenmonopol hinzuwirken. Die Überlegenheit der bürgerlichen Presse über die sozialdemokratische beruht wesentlich darauf, daß sie die größere Inzeratenanlage hat; daraus schöpfen sie die Mittel für zahlreichere Korrespondenzen, besserer technischer Aushau des Unternehmens, umfangreichere Papierlieferung. Erst wenn das Inzeratenwesen wegfällt, kämpft die sozialdemokratische Presse unter gleichen Bedingungen, und dann wird sich ihre natürliche Überlegenheit alsbald zeigen, dann werden unendlich breite Volksschichten sofort erkennen, daß nur in der Parteipresse ihre Interessen aufrichtig vertreten werden.

Die Verstaatlichung des Inzeratenwesens sollte deshalb an die Spitze aller Monopolpläne der Reichsregierung gestellt werden, und so mehr die ganze bürgerliche Presse darüber heulen wird, um so deutlicher wird sich zeigen, wie nützlich und notwendig dieser Staatsbetrieb ist. Die Sozialdemokratie sollte nicht davon ablassen, die Möglichkeiten seiner Durchführung zu studieren und die Durchführung dieses Monopols praktisch vorzubereiten. Das ist die einzige Lehre, die der Sozialist aus dem Männerkampf des "Tagelattes" gegen die Ma und der "Deutschen Zeitung" gegen Rudolf Mosse ziehen kann. Es sind gleiche Brüder, und sie tragen die gleiche Kappe des Privatkapitalismus; wir aber durchschauen sie beide und fordern das Inzeratenmonopol aus moralischen, politischen und staatswirtschaftlichen Gründen.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Montag, 18. März.

Arbeiter und Sommerzeit.

Die Sommerzeit beginnt in diesem Jahre, wie schon mitgeteilt, am 15. April morgens 2 Uhr nach der gegenwärtigen Zeitrechnung und endet am 16. September morgens 3 Uhr im Sinne der Verordnung. Die Zeitverschiebung wird nunmehr zum drittenmal vorgenommen. Von amtlicher Seite wird betont, daß sich die Sommerzeit bewährt habe. Trotzdem sind die Meinungen über den Wert dieser Maßnahme noch sehr verschieden. Von Arbeitern werden schon bei der erstmaligen Einführung der Sommerzeit Bedenken zum Ausdruck gebracht. Das "Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" hat eine Umfrage bei verschiedenen Gewerkschaften über diese Ergründung des Krieges veranstaltet. Das Korrespondenzblatt erklärt nun in einer ausführlichen Vorbemerkung, es sei der Befürchtung Raum zu geben, daß die Stunde Zeitgewinn zur Überarbeit verwendet bzw. diese Verwendung von vielen Arbeitgebern erzwungen werde. Das wäre dann ein bedenklicher Rückschritt. Er könnte vermieden werden durch Schaffung eines gesetzlichen 5 1/2 Stunden Tages, wie ihn die Arbeiterchaft seit langem fordert. Von den Arbeiterberufsgruppen sprachen sich in der Umfrage die Bergarbeiter, Bildhauer, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fabrikarbeiter, Gastmischgeschäften, Landarbeiter, Metallarbeiter im allgemeinen gegen die Sommerzeit, die Buchbinder, Buchdrucker, Fleischer, Friseurgeschäften, Glaser, Handlungsgehilfen, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Lithographen und Steindrucker für die Sommerzeit aus. Die Steinleger fordern in ihrer Antwort Erhebungen über die Frage in den Arbeiterkreisen der verschiedenen Berufe auf Grund einer Fragestellung, zu der Psychologen und Ärzte hinzugezogen werden sollen. Eine Forderung, die beachtet werden müßte. Es wäre eine schlechte Wirtschaft, wenn man bei etwas günstigerer Ausnutzung des Tageslichtes Raubbau triebe mit der Volkskraft.

"Revolution" in Lübeck. Die "Wacht im Osten" bringt in ihrer Ausgabe vom 8. März unter "Scherz und Ernst" folgende Notiz:

"Revolution" von morgen. Während der letzten vergangenen Streiktage hat auch in Lübeck eine kleine Teil der Arbeiter zeitweilig zu demonstrieren versucht. Es wurde nicht viel daraus, da die Arbeitgeber sich sehr schnell mit ihren Leuten verständigten. In einem Gespräch, das ein Großkaufmann bei dieser Gelegenheit mit den Arbeitern hatte, erklärte er derselben, nachdem er berichtet hatte, daß sie sich für jetzt beruhigen würden: "Aber, wenn die Krieg ist, macht er erst recht Revolution." Als er hierauf gefragt wurde, ob sie dann Scheidemann oder Haase zum Führer haben wollten, erwiderte er abweisend: "Nein - denn nehmt ich Hindenburg."

Natürlich ist es wohl nur ein Scherz, wenn behauptet wird, ein kleiner Teil der Arbeiter habe jederzeit zu demonstrieren versucht, während tatsächlich fast die gesamte Arbeiterchaft sich an der Kundgebung beteiligt hat. Aber solche Äußerungen von der Wichtigkeit kennzeichnen zugleich den Zweck und die Absichten derartiger Schreibern in Soldatenzeitungen, die sich oft so harmlos geben. Diese "Revolution von morgen" hat kein Arbeiter auf dem Gewissen.

Die Kartellversammlung am Freitag, in der die Vertreter der Buchdrucker, Töpfer, Tapezierer, Gärtner, Musiker und Steinarbeiter fehlten, nahm zunächst die gedruckt vorliegende Abrechnung und den Jahresbericht entgegen, der vom Vorsitzenden H. Roden in extenso vorgelesen wurde. Dem Kartell sind 31 Gewerkschaften angeschlossen. Während die Mitgliederzahl am 1. Juli 1914 13.610 betrug, sank sie bis auf 8630 am 31. Dezember 1917. Zum Kriegsdienst sind 7891 Gewerkschaftsmitglieder eingezogen. An die Familien der Kriegsteilnehmer wurden im Jahre 1917 an Unterstüzungen 17.981,72 Mark, seit Beginn des Krieges 149.036,69 Mk. gezahlt. An Arbeitslohn sind 1917 3923,65 Mk., während der Kriegszeit insgesamt 79.762,80 Mk. an Unterstüzung gezahlt worden. Und zwar deckten alle Gewerkschaften diese Summen aus laufenden Beiträgen. Nur die Handlungsgehilfen, Holzarbeiter und Buchdrucker erhoben einen Extra-Beitrag. Den Arbeitsverdienst für jede einzelne Kategorie genau festzustellen, was nicht möglich. Auf Grund der dem letzten Fragebogen entnommenen Angaben betrugen die Löhne vor dem Kriege 28,62 Mark bis 43,20 Mk., während des Krieges 30 bis 66 Mk. und darüber pro Woche. Die Arbeiterinnen haben vor dem Kriege einen Stundenlohn von 20-45, jetzt von 30 bis 60 Pf. Im Akkord kommen sie höher.

Es fanden im Jahre 1917 312 Versammlungen statt. Die Kartell-Kommission erledigte ihre Geschäfte in 14 Sitzungen. In 17 Fällen war sie zur Teilnahme herangezogen. Außerdem hielt sie 8 Sitzungen mit den Gewerkschaftsvorsitzenden und 4 mit den Arbeiter-Ausschüssen ab. Auch Agitation wurde getrieben. Einen günstigen Erfolg hatten wir bei dem Hofenwerk. Während dieses vor dem Kriege in Punkte Organisationsverhältnis zu den wichtigsten Betrieben gehörte, hat es sich während des Krieges völlig modernisiert. Und dazu trug vor allem das Hilfsdienstgesetz viel bei. Mit unserer Hilfe ist auch die letzte Agitation für die Partei und den "Lübecker Volkboten" durchgeführt worden, die über 500 neue Parteimitglieder und annähernd 400 neue Leser des "Volkboten" brachte. Außerdem ist auch Propaganda für die Volksschuljugend getrieben worden, doch muß für diese bei Gelegenheit eine umfassende Agitation unternommen werden. Vom Stadt- und Landamt wurden wir 1. St. aufgeföhrt, uns auch an der Propaganda für Kriegsaufklärung zu beteiligen, durch die der Geist des Durchhaltens und die nachlassende Kriegsbegeisterung neu belebt werden sollten. Die Art dieser "Aufklärung" sagte uns jedoch nicht zu und wir lehnten unsere Teilnahme ab. Auch Lichtbildvorträge zur Zeichnung der 6. Kriegsanleihe konnten wir nicht veranstalten. Einer Petition des Handlungsgehilfen-Verbandes, den 6-Uhr-Lohnanschlag betreffend, gaben wir unsere Zustimmung. Von der Kartellkommission wurden zur Wahrung der Interessen der Arbeiter 17 Eingaben an Behörden und gesetzgebende Körperschaften gemacht. Diese betrafen

Der amtliche Kriegsbericht.

M. B. Großes Hauptquartier, 18. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern, nördlich von Armentieres, sowie in Verbindung mit englischen Vorküsten zu beiden Seiten des Scheldt-Kanals, war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert. An der übrigen Front blieb sie in mäßigen Grenzen.

Seeresgruppen Deutscher Kronprinz, von Gallwih und Herzog Albrecht.

Zwischen Dünkirchen und Aisne, nördlich von Reims und in einzelnen Abschnitten in der Champagne lebte das Artilleriefeuer auf. In größerer Stärke hielt es tagsüber auf beiden Measurern an.

Herzog Albrecht von Württemberg.

An der lothringischen Front und in den mittleren Vogesen zeitweilig Tätigkeit der Artillerien. An der ganzen Front sehr rege Fliegerstätigkeit. Französische Flieger warfen Bomben auf die als solche deutlich erkennbaren Lazarettanlagen von Le Thour.

Wir schossen gestern 22 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab. Leutnant Kroll errang seinen 21. Aufstieg.

Im Februar betrug der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 18 Fesselballone und 138 Flugzeuge, von denen 59 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind. Wir haben im ganzen 61 Flugzeuge und 3 Fesselballone verloren.

Osten.

In der Süb-Ukraine wurde Nikolajew besetzt. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

u. a. dem Arbeitsnachweis für Arbeiterinnen in der Mengstraße Material über die tariflich festgesetzten Löhne zu übermitteln, die Befestigung von militärischen Hilfskräften für die Firma Dieckel, um im August die Verlokung der Winderbestimmten mit Kohlen zu fördern und die Verteilung der Gewerkschaften beim Jugendamt. Leider hatte man unsere Vorschläge nur insofern berücksichtigt, daß die Genossin Jaedast ins Jugendamt berufen wurde, während man im übrigen, statt einen unserer Vertreter, einen Unorganisierten berufen hat. Wir haben dagegen erfolglos protestiert. Des weiteren wirkten wir für die paritätische Zusammenfassung des städtischen öffentlichen Arbeitsnachweises, in dessen Verwaltungsausschuss wir drei Mitglieder und drei Stellvertreter delegieren konnten. Das sind die Genossen Aug. Roden, Heinrich Ehlers und Fritz Steen als Mitglieder und W. Bromme, Heinz Radben und Schimmelbusch als Stellvertreter. Die Christlichen und Hirsch-Dunderschen stellten Herrn Westphal als Mitglied und Herrn Korn als Stellvertreter. Von den Arbeitgebern gehören dem Ausschuss an die Herren Theb. Thiel, Carlens, als Stellvertreter Gohmann, Schädelig und Schmidt. Eine weitere Eingabe hatte die Wohnungsnot und die Errichtung eines Wohnsamtes zum Gegenstand. Wir hatten uns dann mit der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit zu beschäftigen, die von der Kartellversammlung wegen der schlechten Ernährung bekanntlich abgelehnt worden ist. Wegen der ersten Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung wurde unsere Eingabe für die längere Deffnung der Geschäfte an den Sonnabenden abgelehnt. Wir waren beim Polizeiamt auch wegen früherer Arbeitsverlustes an Sonnabenden aus obigen Gründen vorstellig. Doch wurden wir auf die Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Unternehmern verwiesen. Eine große Rolle spielte die Lebensmittelversorgung in unseren Arbeiten, wegen der mehrere Eingaben an den Senat gerichtet wurden. Auch bezgl. der Gasverordnung und dem Kohlenmangel wandten wir uns an Senat, Kriegsamts und Reichskommisitar. Es waren 81 Eingänge und 127 Ausgänge zu erledigen und 34 Auskünfte zu erteilen. Wir konnten Lohnermäßigungen für die Keimnacherinnen durchsetzen und standen den Angestellten der Ortskrankenkasse bei der Erlangung ihrer Pensionszulagen zur Seite. In die Hilfsdienststelle, die mit der Zentralauskunftsstelle für die Arbeiterinnen verbunden wurde, delegierten wir Genossin Warnke. Leider war ein Bericht von ihr bisher nicht zu erlangen. Wir nahmen auch an der Kommission zur Beschaffung von Möbeln für die während der Kriegszeit getrauten unermittelten Ehepaare teil, um sie nicht in die Hände der Abzahlungsgeföhre fallen zu lassen. Desgleichen unterstützen wir den Bund der Kriegsteilnehmer und Bekleuten. In den Schlichtungsausschuss für den Hilfsdienst wurden Rodben und H. Ehlers, in dessen Kommission Ehlers und Hoff delegiert. In eine Kommission zur Anschaffung von Bier als Hofmann Genosse Westphal. Die Kommission für Ferienabende, für die Bromme, Wolfstradt und Frau Fid bestimmt waren, ist nicht in Tätigkeit getreten. Weiter ging dann näher auf das Gewerkschaftsbaus ein. Im übrigen glaube er, daß die Kartellkommission in jeder Beziehung ihre Pflicht erfüllt habe.

Hierauf gab Genosse Mehrlein den Bericht der Sekretäre. Die Zahl der Besucher des Arbeitersekretariats betrug im Jahre 1917 16.678 Besucher gegenüber 16.780 im Vorjahre. Davon waren 3882 männlich und 10.778 weiblich. 6354 waren organisiert. Das sind 35 Prozent. 8222 waren Angehörige von Gewerkschaftsmitgliedern, jedoch 2108 Unorganisierte in Betracht kamen. Es waren 5137 Schriftliche Anmerkungen. Auch Arbeitgeber haben das Arbeitersekretariat benutzt. Die Auskünfte betrafen 3750 bürgerliches Recht, 2160 Arbeiterrecht, 2803 Arbeiterversicherung, 5131 Militärangelegenheiten. Diese überwiegen also und betrafen Urlaubsaufsuche, Reklamationen, Lohnungsbewilligungen, Renten und Unterstüzungen für Kriegswitwen und Witwen. Bemerkenswert ist, daß viele Gesuche um Erwerbung der Staatsangehörigkeit, weniger wegen des Bürgerrechts, sondern wegen Erlanzung des Familienkreuzes gemacht wurden. Auch die früher kaum gekannte Gnadengesuche an Kaiser, Großherzöge und Senat haben sich erheblich vermehrt. In der Hauptsache hatten sie Eigentumsvergehen und Widerleglichkeiten beim Militär als Ursache. Verteilungen vor Gericht und Behörden waren für 64 Fälle in 71 Terminen wahrzunehmen. Außerdem 49 vor dem Oberverwaltungsamt, 8 vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht und 2 sonstigen. Auffallend ist der Rückgang der Streitfälle in der Arbeiterversicherung, was darauf zurückzuführen ist, daß die Berufsgenossenschaften nicht mehr so viel Rentenquesthären betreiben. Die Altersrentenfälle sind stark gestiegen, was auf die Herabsetzung der Altersgrenze zurückzuführen ist. Diese ist aber abhängig von den geklebten Marken. Durch die Kriegserwartungen liegen auch die Fälle der Krankenrenten sehr stark. Und natürlich auch die im Militärrentenverfahren. Unglücklich sei, daß diese sich nur auf Gutachten von Militärärzten stützen und man die Akten nie zu Gesicht bekommt; persönlich werden die Parteien nicht gehört. Im Reichstage müße auf eine gründliche Aenderung des Militärrentenverfahrens gedrängt werden. Der Verkehr mit den Behörden habe sich im wesentlichen gut abgewickelt. Vor allem mit den verschiedenen Behörden in Lübeck. Anders liegen die Verhältnisse in Bremen und dem angrenzenden Mecklenburg. Unverständlichsten sind sie aber im Fürstentum Lübeck, das bekanntlich zu Oldenburg gehöre. Früher arbeiteten die Militärbehörden.

Den Sekretären sei durch persönliche Besuche dieser Weise laubher Anerkennung für ihre Tätigkeit gezollt worden. In den vorjährigen Bericht habe sich ganz unerwartet eine Kritik geknüpft, durch die er zunächst in der Kriegshilfe zur Rechenschaft gezogen worden sei und andererseits hätten sich die Damen des Roten Kreuzes beklagt, weil er geäußert habe: die tun so, als ob sie den Kriegerfrauen Wohlthaten erteilen. Seine Bemerkung habe denn auch ein Nachspiel in einer Sitzung des Roten Kreuzes gehabt. Durch die Berufung unserer Genossen in die Behörden sei viel gebessert worden. Leider seien wir in den wichtigsten noch nicht vertreten, so nicht in der Oberaufsichtbehörde und in der für das Wohnungswesen. Es wäre auch mündenwert, Vertreter in die Betriebsbehörde zu bekommen. Wir hoffen, daß das Arbeitskammergesetz bald geschaffen wird, was dazu beitragen wird, auf vielen Gebieten Erleichterungen zu schaffen. Hierauf schiederte Genosse Hoff eine große Anzahl Fälle aus der Praxis des Arbeitersekretariats zur Angelegenheit für die Arbeiter.

Nach ihm erstatteten die Genossen Radben und Ehlers den Bericht über das Gewerkschaftshaus, an dem sich eine längere Aussprache knüpfte. Auf Vorschlag von Heinrich Ehlers wurde die alte Gewerkschaftskommission wiedergewählt. Dann wurden die Eingänge erledigt. Eine Broschüre der J. C. G. wird an die Kartelldelegierten und Vorklände verteilt werden. Weiter wurde Stellung genommen zum Volksbund für Freiheit und Vaterland. Man konnte sich aber nicht für die Gründung einer Ortsgruppe derselben entscheiden. Zum Jahresbericht für die Generalkommission in Berlin fehlen noch die Berichte der Buchdrucker, Gärtner, Gastmischgeschäften, Steinarbeiter, Zwiilmüller und Steinarbeiter. Endlich wurde noch die Angelegenheit der Mühlentröndungs-Gesellschaft besprochen und mitgeteilt, daß Direktor Baßler von der Hanfamerlei gegen die Behauptungen des Herrn Heise in öffentlicher Versammlung am Montag Stellung nehmen werde. Dann erfolgte bei Eintritt der Polizeistunde Schluß der Versammlung.

Teilweise Zwangserfassung des Herbstgemüses. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, hat an die ihr unterstellten Stellen nachstehende Anweisung gerichtet: "Mit Genehmigung des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes wird alles Herbstgemüse, welches nicht durch Lieferungsverträge gebunden ist, in der bekannten Weise der Zwangserfassung unterworfen werden. Es darf mithin jeder Anbauer zwar für sich behalten, was er in seinem Haushalt verbrauchen und in seinem Betriebe verarbeiten will, geht er aber dazu über, Ware im Handel abzusetzen, so bestimmt die Reichsstelle für Gemüse und Obst oder die ihr nachgeordnete zuständige Stelle, wofür die Ware zu leisten ist und wie sie zu erhalten hat. In keinem Falle wird dann ein höherer, wahrscheinlich aber ein niedrigerer als der Lieferungsvertragspreis gezahlt werden. Es ist hiernach in diesem Jahre gänzlich ausgeschlossen, daß sich ein Anbauer, der keinen Lieferungsvertrag abschließt, für eine Ware einen höheren Preis sichern kann, als ihn derjenige Anbauer erhält, der sich durch Lieferungsverträge bindet. Das Gegenteil dürfte vielmehr bestimmt eintreten. - Ich ersuche ergebenst, dies mit Befolgung zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Der Vorsitzende, Geh. v. Tilly."

Bestellfalschwindel. Die Ehefrau eines kleinen Offiziers mußten zwei Hamburger Reisende zu vertreten, einen Weiteckstein aus ein Brodhäuser-Konversationsklubraum zu einem Preise von über 200 Mk. zu unterzeichnen. Die Frau unterzeichnet diesen Bestellfalschwein nur, weil ihr zugesichert war, es handle sich gar nicht um eine Bestellung, sie solle nur ihre Adresse niederschreiben; wenn ihr das Wert nicht gefalle, könne sie es zurückschicken. Als sie das Wert nach einigen Tagen erhielt, merkte sie alsbald, daß sie es nicht gebrauchen, noch weniger bezahlen könne, und kündete es daher zurück. Darauf wurde der Ehemann aufgefordert, Zahlung zu leisten. Diesen Brief nahm die Frau in Abwesenheit des Mannes in Empfang und beantwortete ihn auch sofort dahin, daß eine feste Bestellung gar nicht vorliege. Nichtsdestoweniger wurde der Ehemann später vor dem Amtsgericht Hamburg als dem Gericht des Erfüllungsortes verklagt. Die Ladung zum Termin wurde in seiner Abwesenheit der Frau zugestellt und von dieser aus Angst dem Mann nicht ausgehändigt. Im Verhandlungstermin erging ein Verfallurteil. Da der Ehemann inzwischen wieder auf einige Wochen zum Fiskus ausbezogen war, erfuhr er auch von der Zustellung des Verfallurteils nicht; ebenso blieb ihm verborgen, daß der Gerichtsvollzieher bei ihm die Pfändung fruchtlos versucht hatte. Erst nachdem die Ladung zum Offenbarungszeit eintraf, erfuhr er den wahren Sachverhalt. Als der Richter im Offenbarungszeit von der Sachlage Kenntnis erhielt, war er einsichtig genug, ihn zu verurteilen, den Eid nicht zu leisten, sich vielmehr an die Rechtsauskunftsstelle zu wenden. Es gelang, die Wiedereinziehung in den vorigen Stand zu erwirken; die Klägerin wurde alsdann mit ihrer Klage abgewiesen.

Die Kriegsteilnehmerprüfung bestanden an der Oberrealschule zum Dom Helmuth Bunnes, Franz Hinrichsen, Ernst Gustav Helms, Hermann Martens, Eduard Rautenberg, Rolf Wegner.

Das gestrige Konzert, veranstaltet vom Unterausschuss der Kriegshilfe, hatte infolge des prächtigen Wetters leider nicht den starken Besuch aufzuweisen, wie die vorhergegangenen Veranstaltungungen. Das ist umso mehr zu bedauern, als die beiden Mitwirkenden, Frä. Charlotte Rosen-Berlin und Herr Professor H. Hofmeier, für ihre glänzenden Leistungen in der Tat ein übervolles Haus verdient gehabt hätten. In Frä. Rosen lernten wir eine junge Violinkünstlerin kennen, die über eine meisterhafte Technik verfügt. Ihr Spiel war hinreichend; sie hatte sich Kompositionen von Busch, Gluck-Kreisler, Couperin-Kreisler und Kreisler gewählt. Insbesondere kam ihre hervorragende Kunst in dem Bruchstücken Konzert in G-Moll zum Ausdruck. Herr Prof. Hofmeier war nicht nur ein feinsinniger Begleiter, sondern erfreute die Zuhörer durch Soli-Darbietungen aus den Werken Schuberts, Chopins und Paderewskis. Im Zusammenspiel beider Instrumente in der Mozartschen Sonate, mit dem das Konzert eingeleitet wurde, kam so recht die überragende Kunst beider Herrschaften zur Geltung.

Mit dem gestrigen Konzert haben die Veranstaltungen des Unterausschusses in dieser Saison ihr Ende erreicht. Den Mitwirkenden, sowie dem Ausschuss für Kriegshilfe gebührt der Dank dafür, daß sie einem großen Teile der Arbeiterchaft diese genutzreichen Stunden verschafft haben.

Einen Sonaten-Abend veranstalteten am Sonnabend Konzertmeister Willy Gehren (Violine) und Dr. Reiche (Klavier) im Saale der Loge zum Hülhorn. Zur wiedergeb gelangten drei Sonaten von Handel, Mozart und Cesar Franck. Herr Gehren erwies sich als talentvoller Geiger von sehr beachtenswerter Technik, der auch inneres Mitempfinden aus seinem Spiel herauszuringen läßt, und der seine nicht leichte Aufgabe sehr erfolgreich löste. Die treffliche Leistung des Herrn Dr. Reich am Flügel stand der seines Partners nicht nach. Beide Künstler konnten für reichen Beifall und Blumenpenden sich dankend verneigen.

Eine neue Vereinigung von Kunstfreunden ist hier am Freitagabend unter dem Namen "Overbeck-Gesellschaft" ins Leben gerufen worden. In der Gründungsversammlung betonte der Referent Herr Professor Dr. Schäfer, der Direktor des Museums für Lübecker Kunst und Kulturgeschichte, daß hauptsächlich eine stärkere Fühlungnahme unserer Kunstliebenden mit den Strömungen der Gegenwart erstrebt werden solle. Durch Veranstaltung von Kunstausstellungen soll die Pflege der bildenden Kunst gefördert werden. Die nicht unbeträchtlichen Mittel, welche solche Ausstellungen erfordern, müßten in erster Linie die Wohlhabenden aufbringen. Im Mai soll bereits die erste Ausstellung eröffnet werden. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf 100 Mk., das Eintrittsgeld auf 25 Mk. festgelegt. Zum Direktor der Overbeck-Gesellschaft wurde Herr Professor Dr. Schäfer gewählt. Darüber, ob diese Organisation das Interesse für die bildende Kunst auch in den breiteren Volksschichten zu beleben gedenkt, verlautet nicht.

Kriegsgewinne. Die Lübeck-Königsberger Dampfschiffahrtsgesellschaft beschloß die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent und die Verwendung des weiteren Gewinnes zu Abschreibungs- und Reservezwecken.

Cutin. Ein Feuer legte den zum Hammerischen Dampfsägewerk gehörigen Lagerschuppen, Elisabethstraße, am kleinen Cutiner See, in Mitle. Es gelang der Feuerwehr unter großer Mühe, die mit wertvollem Bauholz angefüllten Nachbarschuppen zu retten. Verbrannt ist mit dem Gebäude sein Inhalt: Buchen-Bauholz, dort lagernde städtische Braunkohlen und die gesamten dort aufbewahrten vielen Gegenstände der Volksfest-Umzüge.

Hamburg. Ueber 200 000 Markerschwindelt. Ein Kaufmann, der sich Dr. Otto nennt und Zitronen und Weinsteinfäuren zum Kauf anbietet, hat mehrere Geschäfte um Geldbeträge geschädigt. Durch Vorzeigen der Doppelkrachtbriefe ließ er sich das Geld ausständig oder durch seine angeblische Frau bei einer Bank in Empfang nehmen. Hinterher stellte man fest, daß sich in den Kisten Alaun oder Kalk befand. Der Schwindler tritt hauptsächlich an Firmen der Großstädte heran, um größere Geschäfte abzuschließen. Bis jetzt steht fest, daß der Gauner über 200 000 Mark erschwindelt hat. Er ist 1,75 Meter groß, hat gelbes Schnurrbart und ist gut gekleidet. Er trägt grauen Pelz, braunen Hut und goldene Armbänder. Er ist auch mit einem sogenannten Fußband gesehen worden.

Stade. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich in Lindorf (Kreis Rehdingen). Ein ungefähr 14-jähriges Schulmädchen versuchte gestern abend kurz nach 6 Uhr an der Haltestelle Lindorf noch auf den fahrenden Zug zu springen. Das Mädchen kam zu Fall und wurde überfahren. Der Tod trat sofort ein. Möge dieser traurige Fall zur allgemeinen Warnung dienen.

Bremen. Von Mitreisenden unter den Zug gestochen wurde die Frau eines hiesigen Volkstheaters. Beim Gerann eines in Bremen zusammengestellten, nach Hamburg bestimmten Zuges wurde die Frau von den rücksichtslos drängenden Reisenden vorwärts geschoben; sie fiel auf das Bahngleis, wo ihr beide Beine abgefahren wurden. In der Krankenanstalt ist sie bald nach ihrer Einlieferung gestorben.

Theater und Musik.

Zur Stadt-Theater gelangte gestern abend vor ausverkauftem Hause Hubert trotz ihres Alters noch immer lebensfröhliche und jugendliche Oper „Fra Diavolo“ zur Aufführung. Die Besetzung der meisten Partien war die gleiche wie im Vorjahre. Die Titelfolle gab wieder Herr Trimborn mit Eifer, ohne sie jedoch gesanglich oder darstellerisch zu erschöpfen; der englische Lord des Herrn Schumacher hat in komischer Wirkung gewonnen. Sehr wirkungsvoll war das lustige Banditenpaar, durch die Herren Michel und Ludwig vertreten, die den Mittel-

punkt des Interesses bildeten, wenn sie auf der Bühne kanden. Recht anerkennenswerte Leistungen boten die Damen Bergart (Lada) und Pracht (Berline). Herr Roglantz Lorenzo vermochte nur wenig zu erwärmen; er entwickelte weder im Spiel noch im Gesang besondere Feine. Die liebenswürdige, melodische Musik Kubers erklang unter Weglers Leitung leichtbeschwingt. Den szenischen Rahmen hatte Herr Ludwig mit Geschick hergerichtet. P. L.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. März. Wie die „S.-Z.“ hört, hat das russische Volkstommiariat für auswärtige Angelegenheiten folgenden Zunspruch nach Berlin gerichtet:

Am 16. März ds. Js. hat der Außerordentliche Aufrussische Kongreß der Sowjets in der Stadt Moskau den Friedensvertrag, den Rußland am 2. März in Brski-Litovsk mit den Mächten des Bierbundes abgeschlossen hat, ratifiziert.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



DAMEN-KLEIDUNG

Neuzeitliche Modelle, vornehm und edel in der Form, vom täglichen Kleid bis zur elegantesten Luxus-Toilette, bietet unsere Damen-Konfektions-Abteilung in reichem Maße. — Sorgfältigste Wahl beim Einkauf und eine entgegenkommende, fachkundige Bedienung geben unsern Kunden Gewähr **bei uns** außerordentlich vorteilhaft zu kaufen.

MAENTEL :: KOSTUEME :: KLEIDER

- Eleganter Mantel, fesche jugendlich: Form, aus schwarz-weiß-kariertem Stoff 68⁰⁰
- Frühjahrs-Mantel, aus covert-coatartigem Stoff, flotte 3/4 lange Form 89⁰⁰
- Eleganter Mantel, aus schwarzem Tuch in tadelloser Schneiderarbeit 128⁰⁰
- Elegantes Mantelkleid, aus Rieseide, in geistiger Qualität, schwarz oder farbig 195⁰⁰
- Jackenkleid, aus schwarzem Chevot auf Seide gearbeitet, jugendliche Form 78⁵⁰
- Jackenkleid, flotte Sportform aus covert-coatartigem Stoff in tadelloser Verarbeitung 135⁰⁰
- Jackenkleid, dunkelblau, lange fesche Jacke mit Stepperei und Seidentressen 175⁰⁰
- Jackenkleid, aus Ia. schwarz. Eolienne, auf Seide gearbeitet, elegante Ausführung 230⁰⁰
- Elegantes Kleid aus schwarz-weiß getuppter Foulardseide flotte jugendliche Form 85⁰⁰
- Elegantes Kleid aus blauem Crepe de Chine mit aparter Voal-Bluse gearbeitet 155⁰⁰
- Elegantes Kleid in entzückender jugendlicher Machart, aus stahlblauem Taffet 185⁰⁰
- Elegantes Kleid aus schwerem dunkelblauem Taffet mit weißer Seidentresserei 210⁰⁰

ROECKE :: BLUSEN :: BLUSEN

- Kleiderrock, moderne Glockenform in mark. Taschen, schwarz-weiß kariert 29⁵⁰
- Kleiderrock, schwarz, mit weißen Linien-Karos, iesche Glockenform mit Taschen 39⁵⁰
- Kleiderrock, marineblau, flotte jugendl. Form, mit aufgesetztem Gürtel und Knopfverzierung 49⁵⁰
- Eleganter Rock aus schwarzem Alpacka mit eingesteppten Fältchen u. seidebesticktem Gürtel 65⁰⁰
- Bluse aus getupftem Musselin mit farbigem Kragen und Seidenpaspelierung 16⁵⁰
- Bluse, moderne Sportform aus weißem Panamastoff 19⁷⁵
- Bluse aus weißem Voal mit gestucktem Vorderteil und Säumchen 23⁵⁰
- Bluse aus blauweiß gestreiftem Voal in aparter Machart 29⁵⁰
- Bluse aus blauweiß gemustertem Vollvoal mit neuem Kragen 32⁵⁰
- Weiße Seldenbluse eleganter Schnitt mit Kragen und Knöpfen in Chineside 35⁵⁰
- Elegante schwarze Bluse aus Seide, gesticktem Tüll mit Seidenpaspelierung 46⁵⁰
- Elegante Bluse aus weißem Tüll und dunkelblauem Chiffon gearbeitet mit Stickerei 59⁵⁰

HOLSTENHAUS G. m. b. H. LÜBECK

Erhöhung der zweiten Auslobung auf 6000 Mark.
Der Betrag der zweiten, durch grüne Plakate bekannt gegebenen Auslobung wird um 3000 Mark, die mir zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt sind, erhöht.
Der hiesig. kommandierende General v. Falk, General der Infanterie.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter und Blaharbeiter
Elektromonteuere, Maschinen-, Bau- und Reparaturschlosser, Dreher, Eishobler, Fräser, Schmiede, Tischler, Heizer, Rangierer.
Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremen, Rathenow, Bahnhöfstr. 22.

Konsumentenverein für Lübeck u. Umgegend
als ausgezeichneten Brotbelag empfehlen wir **Salz-Krabben, 1/4 Pfd. zu 75 Pfg.**
Die Krabben sind geschält, also ohne Abfall und müssen nur gut gewaschen werden.
Der Vorstand.

Gestern erhielt ich die traurige Nachricht, daß mein lieber Hans und meines Kindes guter Vater, der Ober-Dezzer (1157)

Ewald Kühn
den Tod in den Wellen gerunden hat. Tiefbetrauert von mir und allen, die ihm nahe standen.
Augusta Kühn geb. Schmitz, Willi Kühn.

Zu kaufen gesucht: Hauskandstumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Bahnhöfstr. 25, Telefon 2490.

Waren-Reparaturen.
Billige Preise. (1151)
Gr. Auswahl in Wand-Tisch-, Werk- und Taschenrechnern.
Hermann Voß, Urmacher, Breite Straße 54 und Markt 71.

Sei. a. 1. Juli 3-Zim.-Wohn. mit Ges. von einzelnen Leuten, Stadt oder Solitent-Wald bezw. Ana. unt. J W an die Grv. (1158)
Guterhalt. schwarz. Klavier zu verkaufen. (1158) Dorfstraße 24, 1.

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Die Meggendorfer Blätter
sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie
Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mk. 3.50, bei direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag Mk. 3.75, durch ein Postamt Mk. 3.60.
Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur 60 Pfennig kostet. Gegen weitere 20 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Peruszstraße 5 zu beziehen.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“ Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.
Heute abend 7 Uhr: (1159)
Bis früh um Fünf.

Stadttheater.
Dienstag, den 19. März 1918:
Carmen.
Mittwoch, den 20. März 1918:
Die Fledermaus.
Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Der Partei-Ausschuss

trat am Freitag vormittag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Genosse Ebert, begrüßte die Erschienenen und wies auf das erfreuliche Ergebnis bei der Wahl in Niederbarnim hin, das geeignet sei, die Beratungen zu befruchten.

Auf der Tagesordnung stehen zwei Punkte: Die politische Lage und Die Finanzen der Partei. Auf den Vorschlag des Parteivorstandes wird der zweite Punkt zuerst behandelt.

Genosse Otto Braun vom Parteivorstand führte den ziffernmäßigen Nachweis, daß der Krieg auf die Finanzen der Partei, besonders der Hauptkasse, außerordentlich ungünstig eingewirkt habe. Einschränkungen der Ausgaben waren nur möglich, soweit es mit den Interessen der Partei in Einklang zu bringen war. So kam es, daß bald die Ausgaben die Einnahmen erheblich übertrafen. Das wäre nicht schlimm gewesen, wenn der Krieg nicht die lange Dauer erlangt hätte, die er bedauerlicherweise bekommen hat. Nun dauert der Krieg ins vierte Jahr, und es ist eine Lebensfrage für die Partei, daß Mittel und Wege gefunden werden, trotz des Krieges zu einer geordneten finanziellen Weiterentwicklung zu kommen. Leider muß gesagt werden, daß man in manchen Bezirken den Ernst der Lage nicht klar erkannt hat. Auch eine Reihe von Parteigeschäften, die durch die Unterstützung der Hauptkasse den Weg zu ihrer heutigen Größe haben zurücklegen können, erinnern sich jetzt dieser Zeiten nicht mehr. Es sind sogar einige darunter, die nicht mehr an die Verpflichtungen denken, die sie damals übernommen haben. Der wundeste Punkt aber ist, daß die Beitragszahlung nicht mehr so klappt, wie es auch unter den Kriegsverhältnissen verlangt werden könnte. Eine Reihe von Bezirken haben ihre Abrechnung nicht eingesandt und auch mit der Einreichung der Situationsberichte hapert es. Wenn wir dies bemängeln, so verkennen wir nicht die Wirkungen des durch den Krieg hervorgerufenen Mangels an Kräften. Aber wir müssen auch die Genossen draußen bitten zu berücksichtigen, daß hier der Punkt liegt, um den sich unsere zukünftige Arbeit und unsere Zukunftsaussichten drehen. Diese Arbeit muß geleistet werden. Wir können der Verschlechterung unserer Finanzverhältnisse nicht untätig zusehen, denn es erwarten uns nach dem Kriege ganz gewaltige Aufgaben, besonders auf dem Gebiete der Wahlagitacion und bei der Ausgestaltung unserer Presse. Die Vorschläge, die der Parteivorstand zur Behebung des bestehenden Mischandes macht, gehen dahin: Es muß eine der gesunkenen Kaufkraft des Geldes wenigstens einigermaßen entsprechende Erhöhung der Beiträge vorgenommen werden und es müssen die leistungsfähigeren Parteigeschäfte etwas stärker herangezogen werden. Im allgemeinen aber muß unsere Finanzwirtschaft auf einer allgemeineren Beitragszahlung basieren. Es wird eine Erhöhung der Parteibeiträge in folgender Weise vorgeschlagen: monatlich 60 Pfg. für männliche, 50 Pfg. für weibliche Mitglieder oder wöchentlich 15 Pfg. für männliche, 10 Pfg. für weibliche Mitglieder. Das sind Sätze, die man in den meisten Kreisen wird erreichen können. Es entsteht dabei auch die Frage, ob die allzuweite Entfernung der Beiträge für weibliche Mitglieder von denen für männliche durch die Verhältnisse gerechtfertigt wird. Die weiblichen Mitglieder haben die gleichen Rechte wie die männlichen und diesem Verhältnis der Rechte wird sich die Höhe der Beiträge annähern müssen. Jedenfalls sind wir der Auffassung, daß der Parteiaussschuß durch einen Beschluß die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge zum Ausdruck bringen müsse. Der Redner berührt noch Fragen der Organisation, des Pressewesens und der Neu- und Wiedergewinnung von Mitgliedern jetzt und nach Eintritt des Friedens. Jedenfalls ist es dringend notwendig, daß die Kreise der Hauptkasse gegenüber peinlich ihren Verpflichtungen nachkommen.

Die sehr eingehende Diskussion war durchgehends von dem Bestreben beherrscht, die Sozialdemokratische Partei auch finanziell wieder auf die alte Höhe zu bringen. Sie ergab Einstimmigkeit darüber, daß eine Regelung des Beitragswesens notwendig sei. Auch mit den Vorschlägen des Parteivorstandes waren die Diskussionsredner im allgemeinen einverstanden. Von Vertretern ländlicher Wahlkreise wurde allerdings eine Staffelung der Beiträge vorgeschlagen, die die wirtschaftliche Kraft der Mitglieder berücksichtigte. Aus den Berichten einzelner Bezirksvertreter war zu entnehmen, daß in ihren Bezirken bereits Beitragserhöhungen eingetreten sind, die der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Höhe schon entsprechen oder sie annähernd erreichen. Uebereinstimmend wurde mitgeteilt, daß diese Erhöhungen in keiner Weise nachteilig auf die Mitgliederbewegung eingewirkt haben. Bemerkenswert ist die von einem Redner gemachte Feststellung, daß die Mitgliederversammlung über das von der Vorstandskonferenz vorgeschlagene Maß der Erhöhung hinausgegangen ist. Einstimmigkeit herrschte schließlich darüber, daß die nach dem Frieden kommenden Wahlen, besonders auch die Wahlen zu den verschiedenen Landtagen, die Kassen der Partei ganz erheblich in Anspruch nehmen werden.

Es liegt folgender Antrag vor: „Im Hinblick auf die gesteigerten finanziellen Anforderungen an die Parteiorganisationen und die bevorstehenden politischen Kämpfe empfiehlt der Parteiaussschuß den Bezirken, Kreis- und Ortsorganisationen dringend, die Beiträge auf mindestens wöchentlich 15 Pfg. für männliche und 10 Pfg. für weibliche Mitglieder oder auf monatlich 60 Pfg. für männliche und 40 Pfg. für weibliche Mitglieder zu erhöhen.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Ausschuss erörterte im weiteren Verlaufe seiner Sitzung die politische Lage, über die Genosse Ebert das Referat erstattete. Die Aussprache, an der sich die Ausschussmitglieder rege beteiligten, war außerordentlich gründlich und berührte alle für die Politik unserer Partei in Betracht kommenden Punkte. Die Verurteilung der Bewilligung der inneren Politik und die Opposition der Regierung, die Wirkung des Belagerungszustandes und der Zensur, die Lage im Westen, das Verhalten der Entente und ihrer führenden Politiker zur Friedensfrage, die preussische Wahlrechtsfrage und die Umtriebe der Unionisten wurden eingehend gewürdigt und in ihren Wirkungen auf die Politik der sozialdemokratischen Partei, insbesondere der Reichstagsfraktion bei den kommenden Entscheidungungen abgemessen. Es lag nicht die Absicht vor, das Ergebnis dieser Aussprache in einen Beschluß des Parteiaussschusses zusammenzufassen. Die Ansicht des Ausschusses kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Reichstagsfraktion insbesondere in den großen politischen Fragen bisher so entschieden hat, wie es das Interesse der Arbeiterklasse erfordert. Am Schlusse der Aussprache erklärte Genosse Ebert, daß die Auffassungen, die in bezug auf die kommenden Entscheidungen in der Sitzung des Parteiaussschusses zutage getreten seien, der Fraktion vorgetragen und vor der Entscheidung ernste Prüfung erfahren würden.

Aus dem Hauptausschuß.

Am Freitag gab es abermals eine sehr lebhaftes Daimler-Debatte, nachdem die Daimler-Werke verurteilt haben, durch Inserate die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Abg. Erzberger bezeichnete es als direkt erlogen, wenn die Daimler-Werke behaupten, daß der Reichstag sich auf die Angaben eines entlassenen Beamten gestützt habe. Die Daimler-Werke versuchten es so hinauszustellen, als ob die Verbreiter nicht in Stuttgart, sondern im Reichstag säßen. Der Ausschuss habe sich bei seinen Beratungen lediglich auf das Material gestützt, das vom Kriegsministerium vorgelegt worden sei, und deshalb sei es auch Sache des Kriegsministeriums, gegen die Unwahrheiten der Daimler-Werke in einer öffentlichen Erklärung aufzutreten.

Abg. Graf Westarp verwahrte dann keine Parteifreunde dagegen, daß ihnen unterworfen wird, sie hätten die Daimler-Werke in Schutz genommen. Zu dem Fall Behr-Binnow gehend, meinte Graf Westarp, daß der Kammerherr lange vor Einleitung des Verfahrens erklärt habe, daß er keinen Gewinn aus dem Unternehmen habe ziehen wollen. Wenn die Daimler-Werke mit Einschränkung des Betriebes gedroht haben, so kann das nicht scharf genug verurteilt werden.

Abg. Dr. Ströve stellt fest, daß die Daimler-Werke jahrelang auf Erhöhung der Preise hingearbeitet haben. Um so erklärlicher sei es deshalb, wenn sie jetzt eine Fälligkeit einleiten, die sich als eine Beeinträchtigung der Öffentlichkeit darstellt. Die Daimler-Werke haben in der Tat einen Aufschlag nicht von 10 Proz., sondern von 15 Proz. verlangt, was eine Erhöhung des Gewinnes um 64 Millionen Mark im Jahre ausmacht. Die Firma hat bei einer Verteilung von 35 Proz. Dividende Werte von 80 Millionen Mark auf eine Mark abgeschrieben. Unter solchen Umständen muß noch eine Preiserhöhung zu verlangen, sei geradezu ungeheuer. Daß die Aufstellungen, die der Heeresleitung gegeben waren, unrichtig gewesen sind, kann nicht mehr in Zweifel gezogen werden. In der Angelegenheit Behr-Binnow liege die Sache so, daß dem Kammerherrn ein Auftrag auf 27 Millionen Sätze zu einem 30 Proz. höheren Preise übertragen worden sind, bloß weil angegeben wurde, daß arme Frauen beschäftigt werden sollten. Es müsse die Frage aufgeworfen werden, was mit den schuldigen Beamten geschehen sei.

General v. Wrisberg erklärt, daß das Kriegsministerium bereit sei, in der Angelegenheit der Daimler-Werke eine Erklärung im Plenum des Reichstages abzugeben.

Abg. Nostke geht dann sehr scharf mit der Erklärung der Daimler-Werke ins Gericht. Es sei durchaus nicht wahr, daß die im Hauptausschuß gegebene Darstellung einzig und allein auf Angaben eines ehemaligen Beamten zurückzuführen sei; man sei im Gegenteil von dem Treiben der Daimler-Werke bereits vollständig unterrichtet gewesen. Zwangsmassregeln gegen die Daimler-Werke waren angehts ihrer hartnäckigen Weigerung, eine wahrheitsgemäße Rasklärung vorzulegen, nicht mehr zu umgehen. Deshalb könne auch keine Rede davon sein, daß der Hauptausschuß eine übertriebene Kritik geübt und unüberlegt gehandelt habe. Der Ausschuss würde pflichtbewusst geurteilt haben, wenn er das gemeingefährliche Treiben der Berger und Konforten nicht gebrandmarkt und radikale Abhilfe gefordert hätte.

In der weiteren Diskussion kritisierte Abg. Krumm sehr scharf das Verhalten einiger Rüstungsbetriebe und bringt insbesondere zur Sprache, daß in einem Prozeß, der sich mit dem Bucher mit Lederpreisen dreht, das Kriegsministerium den als Zeugen geladenen Offizieren verboten habe, eine Aussage zu machen.

General Scheuch erklärte, daß die Offiziere auf spezielle Fragen des Gerichts Auskunft geben dürfen. Im allgemeinen könne man sie jedoch nicht ausfragen lassen, weil die Lederfrage nicht in ihrem ganzen Umfange vor Gericht aufgerollt werden könne.

Die Abgg. Reinalth und Nieber warnen davor, über die Firma Daimler vornehmlich zu urteilen und halten es für besser, wenn man erst das Ergebnis der Untersuchung abwartet. Man darf auch nicht verallgemeinern, denn die deutsche Industrie habe in diesem Kriege durchaus ihre Pflicht getan.

Abg. Dove verlangt, daß Mittel und Wege gefunden werden, um solche Vorkommnisse für die Zukunft zu verhüten. In der Angelegenheit Behr-Binnow habe offenbar der Respekt vor der hohen Protektion des wohlthätigen Unternehmens eine wesentliche Rolle mitgespielt.

Nach weiteren Auseinandersetzungen gibt General Scheuch die Erklärung ab, daß man Betriebe militarisieren, sobald die Produktion gefährdet sei, gleichviel wer den Anlaß dazu gibt. Nach diesem Grundsatze werde man weiter verfahren.

Damit war die Aussprache erschöpft. Mit der Erklärung des Generals Scheuch war der Antrag erledigt, der Maßnahmen forderte, eine Militarisierung der Betriebe herbeizuführen. Einstimmig angenommen wurden dann, wie wir bereits Sonnabend meldeten, die Anträge, die verlangen, daß alsbald bei sämtlichen Zentral-Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen eingerichtet sind, ferner, daß der Reichskanzler ersucht werden soll, alsbald für Erlass einer Bundesratsverordnung Sorge zu tragen, wodurch der Reichskanzler ermächtigt wird, in sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und alle für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen übermachten zu lassen, endlich eine Zentralprüfungsstelle für Kriegslieferungen zu schaffen, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen zu überwachen.

Abg. Meyer-Herford berichtete dann über eine Reihe Resolutionen, die sich auf Versorgungsangelegenheiten beziehen. General

Handel und Wandel.

Von F. W. Hasländer.

50. Fortsetzung.

Der Doktor war während meiner Erzählung aufgestanden und ging, die Hände auf dem Rücken, mich aufmerksam anhörend, auf und nieder. „Das sind ja“, sagte er, als ich geendet, „ganz merkwürdige und höchst verstande Geschichten. Die Sache hat etwas Reizvollständiges und der Herr Specht scheint mir ein Philipp in der schlimmsten Potenz. Wir müssen genau überlegen, was da zu tun ist.“ — Berlängen Sie den Buchhalter bei der Prinzipalin, ohne vollständige Beweise gegen ihn zu haben, so leugnet er Ihnen nicht nur alles rund vor der Nase hinweg, sondern er stellt Zeugen auf und sagt, er habe Sie heute abend in einem verdächtigen Stadtviertel in einer schlechten Aneipe gesehen, habe Sie ermahnt, nach Hause zurückzukehren und Sie seien ihm entlaufen; o ich kenne solche schlechte Kerle! Wo wohnen Sie eigentlich, Weißener der eben Modewarenhandlung?“

„Dort gegenüber!“ sagte ich und trat mit dem Doktor ans Fenster.

„Ei, ei,“ lachte Burbus, „mit gegenüber, gerade wie damals im Reichsmessigen Hause.“ Er lehnte seinen Kopf an die Scheiben und sagte ernst und nachdenklich: „Das war eine trübe Zeit, Gott sei Dank, sie ist vorüber.“ und lachend fügte er hinzu, jener Zeiten gedenkend: „Wenn Sie mich heute abend verlassen, so müssen Sie schon den Weg durch die Tür nehmen, denn da hinüber reichte keine Blanke.“

Auch ich vertiefte mich in das Andenken früherer Tage und dachte jenes nächtlichen Lufttritts, doch war ich heute wieder, freilich auf ganz andere Art, in ähnlicher Lage: dort drüben lag das Haus meines Prinzipals nämlich finstern, kein Fenster erleuchtet, und ich mußte ebensoviele wie damals, auf welche Art ich mich hineinschleichen sollte.

Auf einmal sah ich unten an der Tür des Stieglisshauses jemand vorbeiziehen, die Gestalt sah hinauf, ging bei der Tür vorbei und kehrte wieder um. Wichtig, es war der Buchhalter, Herr Specht! Ich zeigte ihn dem Doktor, der in ein unmäßiges Gelächter ausbrach. „Ah, ah, nächtlicher Kamerad,“ sprach er, „Sohn der Finsternis, sehen Sie, wie das böse Gemissen dort anzieht, ein Spinnennetz, das sich selber fängt und nicht zur Ruhe kommen kann! Eine richtige Ahnung sagt ihm, daß Sie noch nicht dabei sind und nun lauert er auf Sie, um Ihnen ein paar passende Worte zu sagen und sich sicherzustellen, daß Sie ihn nicht verraten. Aber warte, Kamerad! Nachher begleitet ich Sie an die Haustür und dann wollen wir dem Phantom Bedingungen machen. Borerst soll er aber warten, bis es uns gefällig ist! Sehen wir uns, trinken wir unseren Wein, ich will Ihnen erzählen, wie es mir ergangen ist!“

Man kann sich denken, wie begierig ich darauf war, des Doktors Erzählung zu vernehmen! Das Bild der guten Sibylle schwebte mir vor und ich hatte schon ihren Namen auf den Lippen, als der Doktor aus seiner Brieftasche ein Schreiben nahm und es mir zum Lesen gab. Das Schreiben war vom alten Müller und lautete folgendermaßen:

„Mein lieber Herr Doktor!
Erst heute hat mir meine Tochter Sibylle die Briefe vorgelegt, welche Sie ihr seit einem Jahre geschrieben, und ich ersehe daraus, daß Sie ihre Studien zu Ende gebracht und sich nach gut bestandenen Examen in E. als Arzt niederlassen wollen. Zugleich hat sie mir das Schreiben an mich gegeben, worin Sie um die Hand meiner Tochter anhalten; Sie wissen, daß ich nicht viel Worte mache und sage deshalb: Ja und Amen! Auch die Mutter ist einverstanden und wir erwarten Sie, um das Nähere mit Ihnen zu besprechen.“

Nachdem ich diesen Brief gelesen, reichte ich dem Doktor gerührt die Hand, mir nahmen die Gläser und stießen herzlich an. „Ich komme nun soeben von der Mühle,“ sagte Burbus heiter, „und habe dort erst erfahren, daß Sie hier sind. Die Mutter und Sibylle, Elisabeth, Franz und Kaspar haben mir tausend Grüße an Sie mitgegeben, sich aber zugleich beklagt, daß Sie weder geschrieben, noch ein einziges Mal zum Besuch gekommen seien. Der Mutter dagegen meinte, er habe mit Vergnügen gehört, daß Sie fleißig seien und Ihrem Prinzipal zum Danke leben, zugleich habe er aber vernommen, daß Sie,“ legte der Doktor lachend hinzu, „Spezialianer geworden, und wenn das wahr sei, so wäre es ihm nach allen Seiten hin recht, wenn Sie die Mühle mit ihrem Besuche verschönt.“

Das tat mir weh, und der Doktor hatte alle Mühe, mich zu trösten. „Sie werden,“ fuhr er fort, „aus dem Briefe des Vaters ersehen, wie ich meine Zeit nach dem Verschwinden aus der Mühle angebracht; ich kann Sie versichern, daß ich fleißig war und furchtbar gearbeitet habe, auch dabei höchst erbarmlend gelebt; meine Kammer gegenüber dem Reichsmessigen Hause war ein Staats-Gemach gegen die Appartements, welche ich wegen Ueberflusses an Geldbedarf genötigt war, zu bewohnen. In der Universitäts- und Residenzstadt P. habe ich promoviert und, einem alten Kolleg- und Kuschkend praktiziert, und mir dort so viel gewonnen, daß ich hier im Lande bin, so wie Sie mich vor sich sehen, anständig aufzutreten und mich beiseitenden häuslich einzurichten. Die gute Sibylle ist keine vornehme Dame und wird mit dem vorlieb nehmen, was wir haben.“

Herzlich wünschte ich dem Doktor Glück, daß er endlich einen sichern Hafen erreichte und herzlich freute ich mich über das Glück meiner guten Sibylle; wir tranken auf eine glückliche Zukunft, die Burbus auch mir prophezeigte, unsere Gläser leer und der Doktor meinte, es sei jetzt Zeit, das fromme Geheimnis drinnen zu erlösen.

Wir gingen hinunter, rings war es finstern und öde und ein veränderliches Herbstwetter herrschte in den Straßen, ein heftiger Wind peitschte einzelne Regenschauer durch die Stadt, die Wolken bedekten den Himmel und die Gaslampen flackernd ängstlich auf und nieder.

Sofort haben wir den Buchhalter, der noch immer, die Straße auf und ab gehend, vor dem Hause hin und wieder ging. Wir wollten ihm gerade entgegengehen, und mir war bei der Unterredung, die wir vor uns hatten, gerade nicht angenehm zumute, als wir durch die Stille der Nacht einen unsichern schlürfenden Schritt hörten und bald darauf eine zweite Gestalt sahen, die flucht hin und her schwankend sich ebenfalls dem Stieglisshaus näherte.

Zu meinem größten Schrecken erkannte ich den Prinzipal und hieß den Doktor am Arme zurück. Der Buchhalter stand gerade an der Haustür und der Herr Stieglitz, der ihn wohl zu bemerken schien, mochte glauben, es mache sich dort ein Dieb etwas zu schaffen und schlich sich leise näher, um ihn zu überfallen.

Er kam dicht an dem Portal des Gasthofes vorbei, in das wir uns augenblicklich zurückzogen, und als er seinem Hause gegenüber angelangt war, sprang er auf den vermeintlichen Dieb mit einem solch ungeheuren Sätze los, wie ich ihn dem alten Manne nicht zugehört.

Der Buchhalter, der sich unvermutet gefaßt und krampfhaft festgehalten fühlte, stieß den Angreifer von sich und wollte entfliehen, plötzlich hörten wir ein heftiges Gelächter, sah einen glänzenden Punkt wie einen kalten Bliz durch die Luft fahren, sahen den Buchhalter wanken und mit dem Ausruf: „Jesus Christus im Himmel!“ zusammensinken. Das heftige Gelächter wiederholte sich, der Prinzipal öffnete hastig die Haustür und als sie aufging, sahen wir die Haustür hell erleuchtet und Madame Stieglitz darin stehen, ein Licht in der Hand.

„Was ist geschehen?“ rief die ernste Frau mit zitternder Stimme, als sie den Prinzipal mit wilden verstörten Zügen ins Haus stürzen sah. Doch starrte sie derselbe mit einem entsetzlichen Ausdruck an, spreizte die Hände vor sich und sagte mit tonloser Stimme: „Ich hab' mein Messer nach einem Diebe geworfen, er liegt draußen.“ Bei diesen Worten sah ich, wie das Licht in der Hand der starren Frau zitterte, doch sagte, wie sie war, nichts an der Schelle der Dienerschaft und führte den Prinzipal nach seinem Zimmer. Der Doktor Burbus hatte den Buchhalter nicht sobald niederfüßen lassen, als er auf ihn zukam, ihn aufzurichten und ins Haus führte. Ich sprang hinter ihm drein, warf die Hand hinter mir zu, denn ich hatte bemerkt, daß sich zwei Nachbarn näherten; in dem allgemeinen Tumult aber, der in dem Hause entstand, bei dem Rennen des Hausnachts und der Lebensjungfer, schlüpfte ich eilig auf mein Zimmer, brachte meine Kleider etwas in Unordnung, als sei ich erst eben dem Bette entkrochen und eilte zitternd ab all dem Entsetzlichen, das ich gesehen wieder die Treppe hinauf.

neral v. Zangermann teilt dazu mit, daß die Stoppel zu dem Versorgungsgesetz fertiggestellt ist, die einzelnen Ressorts haben aber noch Wünsche geäußert, die berücksichtigt werden müssen. Die Mittel sind vorhanden, um eintretende Härten auch jetzt schon sofort zu beseitigen. Die Petitionen wurden dann als Material überwiesen.

Die Lage in England.

Von Ramsay MacDonald.

Anläßlich des Wiederzusammentritts des Parlaments bespricht der sozialistische Arbeiterabgeordnete MacDonald die Lage in England. Es sei höchste Zeit, meint er, vom Standpunkt der Wirksamkeit und Sachlichkeit und nicht von dem der Leidenschaftlichkeit die Lage zu betrachten:

„Die Konferenz der verbündeten Mächte in Versailles hat eine unzweideutige Aussicht eröffnet. Sie hat der Welt in klarer Weise gezeigt, daß Verhandlungen zwecks Befestigung der vorhandenen Mißverständnisse über die Kriegsziele, sowie zwecks Festlegung der Kriegsziele nutzlos sind. Sie hat sich keinen Augenblick dabei aufgehalten, daß geheime Verträge uns an Kriegsziele binden, die keinen Platz in den Erklärungen hatten, mit denen wir in den Krieg eintraten, und die abgeschlossen wurden, ohne daß die beteiligten Völker hierüber befragt worden sind. Sie sah das Erwachen des demokratischen Geistes in den feindlichen Ländern, aber sie hat offenbar beschlossen, ihr eigenes militärisches Rückgrat noch mehr zu versteifen. Sie wiederholte die Phrasen von Sieg und Niederschlagung der Feinde und richtete ihren Blick auf die Waffengewalt als einzige Lösung der europäischen Probleme. Die ganze Zivilisation, Freiheit, Vertrauen, menschliche Erwägungen — all das bricht zusammen in diesem Kriege der Erschöpfung, aber die Regierungen hatten nichts darüber zu sagen.“

Dieser Politik gegenüber steht eine andere, deren Umrisse in Lansdownes Schreiben und in der Denkschrift der Arbeiterpartei gegeben sind. Letzteres Dokument ist der erste Versuch, den Völkern der Mittelmächte die Sache der Entente zu erklären, um von jenen Völkern eine Antwort zu erhalten. Die Denkschrift ist eine edelmütige Erklärung über die demokratischen Wünsche in Bezug auf den Krieg und auf die Zeit nach dem Kriege. Sie will, daß die Staatsmänner nicht alles den Heerführern überlassen, daß die Schwankungen des Krieges keine entsprechenden Schwankungen in den Kriegsziele hervorrufen sollen.

So stehen zwei politische Programme einander gegenüber. Die Anhänger des ersten Programms behaupten, daß wir uns Deutschland unterwerfen wollen, während wir ihnen erklären, daß ihr Programm den Ruin Europas bedeute. Unser Programm gewinnt die Massen. Über unsere Regierung macht keinen Versuch, um zu prüfen, ob ein anderer Ausweg als der Krieg vorhanden ist. Sie sagt: Herilings Rede bedeute den Krieg, Czernins Rede wurde bei uns gefächelt und unbeachtet gelassen. Die Versailles Erklärung — sagt man den Deutschen — bedeute Krieg gegen sie. Alle vernünftigen Erwägungen werden einfach ausgesperrt. Wir sind also im Neke des Erschöpfungsrieges gefangen. Die Pflicht eines jeden Menschen, der unter Land und Meer Chaos zu stiften wünscht, ist deshalb, seine Stimme zu erheben und dem Volke die wahre Lage zu zeigen. Die alten Regierungen sind unmöglich geworden: Sie haben das Vertrauen der Masse verloren. Sie können die Fundamente zu einem Verständigungsfrieden nicht legen, denn ihre alte Politik steht ihnen im Wege. Der einzige Ausweg ist eine neue Regierung.“

Mac Donald hat offenbar eine Regierung Lansdowne im Auge. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, daß ein Sturz der Regierung Lloyd George den Weg zu einem Verständigungsfrieden freimachen würde. Lansdowne würde zwar auf die Opposition des französischen „Tigers“ stoßen, aber England ernährt jetzt Frankreich. Ohne die englischen Zufahren hätte Frankreich schon längst Frieden machen müssen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Niederbarnim.

Neben der Niederlage der Unabhängigen verdient auch der schwere Stimmenverlust der Konservativen erste Beachtung. Sie hatten 1912 noch über 20000 Stimmen außerbracht, und in ihrem Wahlzirkel wurde die Kandidatur Kühn als Beweis dafür empfohlen, daß zahlreiche Wähler Gegner des Verständigungsfriedens und Anhänger des Gewaltfriedens seien. Dieser Beweis ist glänzend vorbeigeklungen, bei einer Wahlbeteiligung welche fast genau die Hälfte der von 1912 beträgt, bringen die Konservativen kaum ein Viertel ihrer früheren Stimmenzahl auf. Ein ähnliches Fiasko der Gewaltfriedensparteien. Die Stichwahl zwischen Wiffel und Breßler findet am Dienstag, dem 26. März 1918, statt.

Spanien.

Generalstreik der Telegraphisten. Den Spanier Blätter zufolge haben die Telegraphisten von ganz Spanien den Generalstreik erklärt. Die Regierung hat das Telegraphische Korps militärisiert und die Telegraphenbureaus militärisch besetzen lassen. Die Regierung ist entschlossen, nötigenfalls das Telegraphen-Syndikat aufzulösen.

2. Verhandlung des Banarbeiter-Verbandes.

Käruberg, den 16. März 1918.
Der Verbandstag der Banarbeiter erzielte in seiner heutigen Sitzung die Beratung des neuen Statutenentwurfes. Abgelehnt wurde u. a. ein Antrag, den Sitz des Verbandes von Hannover nach Berlin zu verlegen. Die Beiträge wurden wesentlich erhöht und betragen in Zukunft 0,50 Mk bis 1,10 Mk wöchentlich; dazu kommen die Sozialversicherungsbeiträge. Demnach sind die Unterhaltungsgebühren für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Altersversorgung, Streit- und Sterbefälle, Krankheits- und Arbeitslosenversicherung wurde außerdem auf das ganze Jahr ausgeweitet, während sie bisher nur auf 10 Monate erstreckt. Die oben genannten Jugendabteilungen konnten wegen der inzwischen erfolgten Veränderung des Betätigungsfeldes in Regell kommen. Eine gewisse Reaktion besteht darin, daß in Zukunft alle Kontrollarbeiten, auch die Revisionen und der Ausschuß, vom Verbandstag besorgt werden. Abgelehnt wurde von der Vorlage die vorgeschlagene Stufung des Eintrittsgeldes nach dem Lebensalter. Der Besondere über 60 Jahre sollen, wenn sie ausnahmsweise noch aufgenommen werden, ein Eintrittsgeld von 10 Mk entrichten.

Zehnjährige Anträge auf Befreiung oder Abkürzung der Karenzzeit für die Arbeiterklassen- und Krankenunterstützung wurden abgelehnt. Dem nächsten Verbandstag soll der Vorstand eine Vorlage über Einführungen einer Sozialunterstützung unterbreiten; er soll ferner die Frage prüfen, ob es möglich sei, sämtliche Beamte auf die Hauptkasse zu übernehmen und alle Ausgaben durch die Verbandshauptkasse zu bestreiten, der dann natürlich auch alle Beiträge aufzufüllen müßten.

Alle Beschlüsse wurden einstimmig oder mit großer Mehrheit gefaßt. Einen Zusammenstoß mit der Opposition gab es nur bei der Satzungsreform, die bestimmt, daß auch das Vermögen der Zweigvereine dem Gesamtverband gehört. Vertreter der Unabhängigen gaben bei dieser Bestimmung deutliche ihrer Sehnsucht Ausdruck, gegebenenfalls die Bestände der Zweigvereine mitzunehmen, wenn Lokalorganisationen das Bedürfnis fühlen sollten, aus der Zentralisation auszuschleichen. Gegenseitig fanden diese Bestrebungen nicht.

Nach Erledigung der Tagesordnung beschäftigte sich der Verbandstag eingehend mit der Frage der Fürsorge für die aus dem Kriege zurückkehrenden Mitglieder. Es herrschte im großen ganzen Übereinstimmung darüber, daß diese Kollegen vom Verband unterstützt werden müßten. Die Festlegungen der näheren Bestimmungen wurde dem Vorstand und Beirat überlassen.

Endlich wurde die Verbandsleitung mit allen gegen zwei Stimmen wiedergewählt.

Der Kammerherr a's Sadlieferant.

Weitere Einzelheiten lassen die Geschäfte des Kammerherrn a. D. v. Behr-Pinnow in immer seltsamem Lichte erscheinen. Wie dem Berliner Tageblatt mitgeteilt wird, hat v. Behr-Pinnow den Millionenauftrag auf die Lieferung oder die Konfektion von Säcken seitens des Kriegsministeriums hauptsächlich deshalb erhalten, weil er angeregt und sich verpflichtet hatte, die Säcke nicht durch irgend welche wahllos eingestellten Heimarbeiterinnen herstellen zu lassen, sondern vielmehr in erster Linie oder ausschließlich Kriegerfrauen zu beschäftigen. Im Interesse dieser Kriegerfrauen hatte sich denn auch das Kriegsministerium bereit finden lassen, den üblichen Stücklohn von 42 Pfg. für den Sack auf 80 Pfg. zu erhöhen. Behr-Pinnow hat aber tatsächlich allen seinen Heimarbeiterinnen nur 42 Pfg. bezahlt.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die der Kammerherr zur Abwicklung des Riesengeschäfts begründete, bestand aus ihm selbst, einer Frau Legationsrat Rose und einer dritten, ausschließlich weniger „prominenten“ Persönlichkeit, deren Name bisher nicht genannt wird. Das Kapital der Gesellschaft mit beschränkter Haftung betrug 100 000 Mark, von denen inoffen nur 25 000 Mark eingezahlt wurden. Mit diesen tatsächlichen nur vorhandenen 25 000 Mark hat die „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ nun innerhalb eines Zeitraums von knapp neun Monaten 4 630 000 Mark verdient! In diesen 4,6 Millionen sind aber nicht enthalten 30 000 Mark, die die Gattin des Kammerherrn v. Behr-Pinnow, und 20 000 Mark, die Frau Legationsrat Rose „für besondere Bemühungen“ erhielten, sowie 75 000 Mark, die an eine Reihe anderer Persönlichkeiten für Provision usw. gezahlt worden sind. Von den 4,6 Millionen ist rund die Hälfte für Kriegsgewinnsteuer abgegangen.

Als die jenseitigen Geschäfte aufgedeckt wurden, hatte von Behr-Pinnow sich bereit erklärt, freiwillig 500 000 Mark als „Buße“ zurückzuzahlen. Das Kriegsministerium schien auch bereit, diese Abfindung anzunehmen, die Ablehnung erfolgte erst, als aus Reichstagskreisen sich scharfer Widerspruch erhob. Wie bereits mitgeteilt, ist gegen v. Behr-Pinnow und die übrigen Beteiligten das Strafverfahren im Gange.

Für un're Feldgrauen.

Militärische Ehrenstrafen.

Die gegen Unteroffiziere und Mannschaften zulässigen militärischen Ehrenstrafen bestehen in Degradation und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Die in manchen Ländern bestehende Einrichtung, daß Offiziere zu Gemeinen degradieren können, besteht in Deutschland nicht. Der Offizier, der sich eines ehrenwürdigen Vergehens schuldig macht, wird mit der Strafe zur Dienstentlassung verurteilt. Auf die Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes muß erkannt werden neben dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Auf die Verlegung in die zweite Klasse kann erkannt werden, in wiederholtem Rückfall, oder wenn die Verurteilung wegen Diebstahls, Unterschlagung, Raub, Erpressung, Hehlerei, Betrug oder Urkundenfälschung erfolgt. Wenn auf mehr als drei Jahre Schwererkannt erkannt wird, dann ist die Entfernung aus dem Heere oder der Marine zwingend vorgeschrieben. Auf Verlegung in die zweite Klasse kann auch erkannt werden, wenn ein Mann wegen militärischer Vergehen zum drittenmal verurteilt wird, falls seit der letzten Verurteilung nicht 6 Monate verstrichen sind. Außerdem kann oder muß wegen der meisten militärischen Vergehen, auf Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt werden. Die Soldaten zweiter Klasse verlieren mit ihrer Verlegung in diese Klasse die erworbenen Orden und Ehrenzeichen, außerdem dürfen sie keine Kommandos tragen. Die vielfach verbreitete Meinung, daß solche Mannschaften nicht im Kampfe verwendet werden dürfen, trifft natürlich nicht zu, sie sind verpflichtet, jeden Dienst zu machen, zu dem sie befohlen werden. Die mehrfach ergangenen Anweisungen haben leider die Ehrenstrafen nicht berührt, sie sind geblieben und können nur auf dem Wege der Begnadigung gehoben werden. Während des Krieges ist jedoch den kommandierenden Generalen das Recht zuerkannt worden, auf Vorschlag, Soldaten zweiter Klasse wieder in die erste Klasse zu versetzen.

Eine weitere Ehrenstrafe ist die Degradation. Auf sie muß erkannt werden bei Gefängnis von mehr als einem Jahre, neben Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, neben der Aberkennung der Befähigung zur Befleidung öffentlicher Ämter. Auf Degradation kann erkannt werden in allen Fällen, die die Verlegung eines Soldaten in die zweite Klasse zulassen. Die Degradation setzt keineswegs immer die Befandung einer ehrlösen Handlung voraus, es genügt, wenn das Gericht zu der Verurteilung kommt, daß der Beschuldigte nicht die Eigenschaften besitzt, die ein Vorgesetzter haben muß. Die Entfernung vom Dienstgrad eines Gefreiten ist überhaupt keine Degradation, sondern eine einfache Zurückverlegung, die auch als disziplinare Maßnahme erfolgen kann. Der degradierte Unteroffizier kann aber, wenn er nicht etwa in die zweite Klasse verlegt wurde, wieder befördert werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Honigwäcker. Der Zucker-Vaß in Osnabrück, der unter Heberführung des Höpferpreises für Honig, der 250 Mk. für das Pfund beträgt, Honig zu 5 Mk. das Pfund verkauft wurde, dem „B. T.“ zufolge, von der Strafkammer zu 6000 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Mit den Honigwäckern des Amtsgerichts Priß aus Hehrbellin hatte sich das Kammergericht in letzter Instanz zu befassen. Nachdem der Amtsvorgeschaltete P. pensioniert worden war, ließ er sich in Hehrbellin nieder und widmete sich der Zuckererei. Als sich verschiedene Personen bereit erklärten, Honig zu kaufen, schrieb er an diese Personen und fragte an, was sie für ein Pfund Honig geben wollten. Das Pfund Honig solle in Berlin schon a 10 Pf. 20 Pf. kosten. Im Gegenstand zu der Entgehung des Strafgerichts verurteilte das Landgericht den Angeklagten im zweiten Rechtszuge zu einer Geldstrafe. Das Kammergericht wies die Revision als unbegründet zurück und machte geltend: Der Vorderrichter habe angenommen, daß der Angeklagte in den Postämtern einen Preis von acht Mark

für ein Pfund Honig gefordert habe. Bei dieser Auslegung sei dem Landgericht kein Rechtsirrtaum unterlaufen. Die Verurteilung wegen übermäßiger Preissteigerung erscheine also gerechtfertigt.

Verurteilung wegen verübten Landesverrats. Das Kriegsministerium teilt mit: Wegen verübten Landesverrats habe das Reichsgericht die beiden belgischen Arbeiter Bailly zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und Chistolain zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Genannten waren im Ruhrgebiet auf französischer Tat dabei ertappt worden, wie sie bei Montel werden auf einem Felde 60 bis 80 Kartoffelpflanzen herausgerissen. Als Bewegung hatten sie angegeben, daß es ihnen bei ihrer Tat darauf angekommen sei, an der Vernichtung der deutschen Ernte mitzuwirken. Die Angeklagten, die als freie Arbeiter nach Deutschland gekommen sind, um hier Geld zu verdienen, haben sich nicht gehalten, durch Mitwirkung bei der Zerstörung unserer Felder die menschlichen Nahrungsmitteln zu unterstützen. Solchem Treiben muß mit den schärfsten Strafen des Gesetzes entgegengetreten werden, schon um diejenigen, die sich etwa verächtlich fühlen sollten, es ihnen nachzumachen, hiervon abzuschrecken.

Aus Nah und Fern.

Im Kampf um die Freiheit ist in Berlin ein fähenslächtiger Unteroffizier, der festgenommen war und dessen Flucht sich eine Militärpatrouille entgegenstellte, erschossen worden. Der Mörder hatte die Patrouille angegriffen.

Bei der Verhaftung eines Defektens niedergefallen. Aus Posen wird gemeldet: Auf einen durch die Ritterstraße fliehenden Defektor Jagob der Wehrgeschichte und der Wehrmacht. Dafür drang die Jagob in ein Zimmer des Geheimen Bienenkreises Sanatoriums und traf die Wirtsfrau Rosinka aus Kleingau, die ihren kranken Mann besuchte. Ihr Zustand ist sehr ernst.

Brandurkatastrophe in Tilsit. Bei einem Brande in Tilsit wurde der Geheimrevisor Landesgerichtsrat Nitzsch und dessen Gattin in den ganz verfaulten Räumen ihrer Wohnung benutzlos aufgefunden. Der Gemann wurde gerettet, die Frau starb an den Folgen der Rauchvergiftung.

Wie's gemacht wird. Aus Straßburg i. E. wird der „Frankf. Sta.“ gemeldet: Der Firma Diebold an den Gewerkschaudern wurde 360 Meter Tuch entwendet. Sie erlaubte Anzeige, der sie das Stück Tuch auf 360 Mark bewertete. Durch den selbst für Kriegszeiten ungewöhnlich hohen Preis veranlaßt, leitete die Polizei eine Untersuchung ein, die ergab, daß die Firma für Stoffe, für die sie beim Einkauf 10 bis 18 Mark bezahlt hatte, 70 bis 100 Mark im Verkauf verlangte. An verschiedene gute Kunden wurden auch Anträge ohne Bezahlung abgegeben. Da Kriegswucher unweifelhaft vorlag, wurde das ganze Lager im Werte von vielen Tausenden beschlagnahmt und der städtischen Bekleidungsstelle überwiesen.

Erdbeben auf Samoa. Die Samoainselformation ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden, das jedoch nach den bisher vorliegenden Meldungen Menschenopfer nicht gefordert hat. Am meisten hat, was den Sachschaden betrifft, das Fellsgebäude bei Aloa gelitten. Das Erdbeben war, wie die „Geographische Zeitschrift“ meldet, von einer mächtigen Naturgewalt begleitet, durch die sehr erhebliche Schäden, besonders in den Dörfern der Eingeborenen, angerichtet wurde.

Zwei furchtbare Explosions haben sich laut amtlicher Mitteilung infolge eines Unfalls am Freitag nachmittag in Courneuve, in der nördlichen Umgebung von Paris, ereignet. — An der Unglücksstelle von Courneuve dauert die Feuerbrand fort. Von Zeit zu Zeit erglöhieren die noch übrig gebliebenen Munitionslager. Courneuve ist im weiten Umkreis abgebeuert. In einem Umkreise von einem Kilometer sind alle Häuser zerstört. Die Obdachlosen wurden vertrieben in der Umgebung untergebracht. Eine Konferenz im Ministerium des Innern beschloß, die Auszahlung einer Entschädigung durch ein besonderes, am Montag in der Kammer einbringendes Gesetz zu ermöglichen. Courneuve, ein Städtchen von 6000 Einwohnern, ist fast vollständig zerstört, auch Bourget und St. Denis mit ihren Fabriken sind schwer mitgenommen. Von den etwa 1500 Verwundeten liegen 600 in der Spital von St. Louis. Die übrigen wurden vom Spital Courneuve aus mit Geströg nach Paris befördert. Die Katastrophe wurde in Paris wie ein hartes Erdbeben empfunden. Der gewaltige Luftdruck hatte merkwürdige Wirkungen. Häuser schwankten, Möbel fielen um, Kinder fielen von den Wänden und Türen sprangen auf. Von einem in einen Vorortbahnhof einmündenden Zuge wurde der letzte Wagen aus den Schienen gehoben, wobei die Passagiere durch die in Stücke stürzenden Scheiben verletzt wurden. Soldaten, die in einem Militärlastwagen saßen, wurden durch den Luftdruck heruntergeschleudert. In Paris wurden viele Waisenkinder, namentlich Kinder, an die Mauern gedrückt. Nach weiteren Meldungen handelt es sich um die Explosion eines Munitionskanals in Courneuve. Bis jetzt beträgt die Zahl der Opfer 30 Tote und 200 Verwundete.

Zusammengekommen ist nach „Reuter“ der Dampfer „Kathmore“ der London u. North Devon Railway Co. am Morgen des 15. März mit einem Schiff der Marine und wurde schwer beschädigt. 840 Passagiere landeten in Kingstown, 26 wurden vermisst, 20 Verlebte und 10 Verletzte verlegt. Die „Kathmore“ wurde nach Dublin geschleppt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikaum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wo bleibt der Zucker?

Ich bin mit meiner Familie gezwungen, regelmäßig von den Kriegsküchenessen zu holen. Nun wird uns neben manchen anderen Marken auch der Zuckerschnitt abgenommen. Jedenfalls, weil Zucker in den Kriegsküchenessen verwendet wird oder besser gesagt, verwendet werden soll. Leider aber bekommen wir nur alle acht Tage einmal geküsstes Speise. Meistlich ist diesfalsch aber auch noch so wenig geküsst, daß der mahlische Geschmack geblieben ist. Was sollen nun die armen Frauen anfangen, die kleine Kinder haben und auf die Kriegsküche angewiesen sind? Sie können den Kindern doch abends nicht Kartoffel- oder Ribbensuppe oder „Drahtverhau“ — wie das Dörremülle im Volksmunde mit Recht bezeichnet wird — geben. Andere Suppen können sie ihnen auch nicht verabreichen, weil die erforderlichen Zutaten und insbesondere der Zucker fehlt. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß beim Essenholten geschimpft und geflucht wird. Vor kurzem fand in dieser Zeitung eine Notiz, das Publikaum solle dem Personal höflich entgegenkommen; die Redaktion sollte sich aber abends einmal das Geben in den Kriegsküchen mit ansehen, besonders, wenn es Kartoffel- oder Ribbensuppe oder „Drahtverhau“ gießt. Ich möchte nun den Kriegsküchen-Ausschuß bitten, mindestens doch die Zuckermarken nicht mehr abzunehmen, damit wir doch den Zucker im Hause behalten können und er so uns tatsächlich zugute kommt. Ein regelmäßiger Kriegsküchenbesucher.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: I. H. Schwarg, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Druckfaden

Druckfaden jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 43